

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . K 2 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährlich . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

57544. Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Dreisachsl.

Ersteinstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

3. Jahrgang.

Sonntag, 8. Juli 1923.

Nr. 157.

## Streit um ein Mandat.

Das Wahlgericht hat in seinem Urteil über den Antrag der tschechischen nationalsozialistischen Partei auf Aberkennung der Mandate der vier Abgeordneten der Erbsengruppe dem Antrag stattgegeben und ist dabei dem Grundsatze gefolgt, daß das Mandat der Partei und nicht dem Abgeordneten gehöre, wobei es sich auf die Wahlordnung berief, welcher das System der gebundenen Listen zugrunde liegt. Dieses System der gebundenen Listen bedingt, daß nicht die Abgeordneten, sondern die Partei gewählt werde und darnach sei es auch Sache jeder Partei, zu bestimmen, welche Abgeordneten sie im Parlamente haben wolle. Ganz abgesehen davon, daß das Wahlgericht, anstatt sich an den im Gesetz genau umschriebenen Kompetenzkreis zu halten, eine Interpretierung des Sinnes der Wahlordnung vornahm, die es nichts angeht, wurde schon aufgezeigt, wohin die starre Auslegung und Durchführung dieses Sinnes der Wahlordnung führen kann: zur Verletzung der Demokratie und zur Durchbrechung ihres obersten Grundsatzes, demzufolge die Hauptinstanz für die Beurteilung der politischen Haltung der Abgeordneten die Wählerschaft ist.

Wenige Tage, nachdem das Wahlgericht sein höchst bedenkliches Urteil geschöpft hatte, richtete sich nun ein Fall zu, der dieses Urteil auf den Kopf stellt. Es betrifft die Frage der Bekleidung des durch die gerichtliche Beurteilung Dr. Paerans freigewordenen Mandates. Die groteske Geschichte reicht eigentlich schon in die Zeit der Wahl und des Zusammenritzes des Parlamentes zurück. In Währen hatten die deutschbürgerlichen Parteien, um den Kampf gegen die deutschen Sozialdemokraten erfolgreicher führen zu können, ein Wahlkompromiß geschlossen und sich auf ein einheitliches Vorgehen und gemeinsame Kandidatenlisten geeinigt. Die Listen in den einzelnen Wahlkreisen trugen wohl, wie es die Wahlordnung verlangt, den Namen einer Partei, doch waren auf ihnen in bestimmter Reihenfolge Kandidaten aller deutschbürgerlichen Parteien: Nationalpartei, Deutschdemokraten, Agrarier, Christlichsozial und Deutschgelbe, enthalten. Im Brünnener Wahlkreise, wo Dr. Baeran Listenführer dieser gemeinsamen deutschbürgerlichen Liste war, lautete diese auf den Namen der Deutschdemokratischen Freiheitspartei, im Jglauer Wahlkreise trug sie den Namen der christlichsozialen Volkspartei und so fort. Trotz dieser äußerlichen Namen der Listen waren auf ihnen die Kandidaten aller deutschbürgerlichen Parteien vertreten und nicht bloß jener, auf deren Namen sie ging. Die bunte Reihenfolge dieser gemischten Gesellschaft hatte den Zweck, die Wähler aller deutschbürgerlichen Parteien zu bestimmen, im Zeichen der „deutschen Einigkeit“ für diese Liste zu stimmen. So geschah es auch. Durch das Kompromiß wurde auch erreicht, daß Parteien, die aus eigener Kraft nicht imstande gewesen wären, ein Mandat zu erringen, da sie in keinem einzigen Wahlkreise die nach der Wahlordnung erforderliche Stimmenzahl von 20.000 angebracht hätten, eine Vertretung im Parlamente erhielten. Es waren dies die Deutschdemokratische Freiheitspartei und die christlichsoziale Volkspartei. Allerdings hatte das Kompromiß zur Folge, daß in der Hauptwahl auch Abgeordnete gewählt wurden, die jener Partei, die den Namen für die betreffende Liste hergegeben hatte, nicht angehörten. Ein Unikum war es für sich, daß Dr. Baeran auf die Liste der Deutschen Demokraten gewählt wurde, einer Partei also, der er nicht nur niemals angehört hat, sondern durch deren jahrelange Bekämpfung, die sich sogar auf die persönliche Verunglimpfung jeder einzelnen in ihr tätigen Persönlichkeit erstreckte, er seinen eigenen politischen Aufstieg verdankte. Das Wahlgericht entschied, daß die Mandate der Partei gehören, auf deren Liste sie gewählt wurden. Das sei nun an einem Beispiel exemplifiziert: Die Liste im Brünnener Wahlkreise ging auf den Namen der Deutschdemokratischen Freiheitspartei, es wurden drei Abgeordnete ge-

## Die Streiklage in Berlin.

Sonderaktionen der Kommunisten.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die Kommunisten sind bemüht, gegen den Willen der Leitung des Metallarbeiterverbandes, die nur die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung erreichen will, die Kampfstrategie zu erweitern. Heute wurde gegen den Willen der Streikleitung in einigen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Der Metallarbeiterverband lehnt es auf jeden Fall ab, den kommunistischen Weisungen zu folgen. Das heute verbreitete Gerücht, der Verband der Berliner Metallindustriellen wolle sämtliche in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter aussperrn, wird von diesem Verbande dementiert. — Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers finden Montag Verhandlungen statt. Ihr Erfolg ist bei der gegenwärtigen Stimmung in der Arbeiterschaft sehr zweifelhaft. Die Eisenbahner und die Gemeindegewerkschaften verlangen gemeinsam wertbeständige Löhne; über die Forderung wird nächste Woche verhandelt werden.

Der Vorschlag des Demobilisierungs-Kommissars zur Beilegung des Streikes der Bauarbeiterschaft dürfte abgelehnt werden, da er keine wertbeständigen Löhne beinhaltet. Die Holzarbeiter haben ihren Streik für beendet erklärt.

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) Die Streiklage in der Berliner Metallindustrie hat heute keine wesentliche Veränderung erfahren. Dem „Vorwärts“ zufolge ist von unparteilicher Seite ein Vermittlungsvorschlag zur Beilegung des Kampfes gemacht worden. Die Streikleitung erklärte, daß sie jederzeit bereit ist, einem Vermittlungsvorschlage auf annehmbarer Grundlage näherzutreten.

## Cuno beschönigt die aktive Resistenz.

Berlin, 6. Juli. (Wolff.) Ueber die Unterredung des Reichskanzlers mit dem apostolischen Nuntius geht uns folgendes Kommuniqué zu: Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiete zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des heiligen Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Rede hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelte Versuche der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem heiligen Stuhle darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen. — Diese Erklärung ist zweifellos viel zu laudend, um als entschiedene Verdamnung der Sabotageakte durch die Reichsregierung angesehen werden zu können. Das ist umso bedauerlicher, weil die Sabotageakte die folgende Meldung verbreitet:

London, 7. Juli. (Havas.) In hiesigen Kreisen verlautet, daß Belgien an Deutschland eine Note sandte, in der gefordert wird, daß Reichskanzler Cuno die im Ruhrgebiete verübten Attentate öffentlich verurteile. Frankreich soll sich diesem Schritte angeschlossen haben. Wenn dieser Forderung nicht willfährig werden wird, werden der französischen und belgische Botschafter Berlin verlassen und nur die Charges d'affaires dort belassen werden.

## Der Papst wird energisch!

Berlin, 7. Juli. Die „Vossische Zeitung“ will aus Kreisen, die mit den Auffassungen der Kurie vertraut sind, wissen, daß die Aktion des Papstes, die mit dem Brief an Kardinal Gasparri begonnen hat, weiter fortgesetzt werden solle. Der Papst werde sich in der Enzyklika deo doctorum, die bei der sechshundertjährigen Wiederkehr der Heiligsprechung des hl. Thomas von Aquino am 18. Juli veröffentlicht werden wird, außer mit religiösen auch mit Zeitfragen beschäftigen. Diesmal sei der Papst entschlossen, seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Die Zeit für eine Neuregelung der politischen Methoden der Nachkriegszeit sei gekommen.

## Mysteriöse Havas-Meldungen über die Verhandlungen.

London, 7. Juli. (Havas.) Reuter berichtet, daß der französische Botschafter Lord Curzon auf die Fragen, deren Klarstellung die britische Regierung wünschte, eine vollkommene Antwort gab.

Paris, 7. Juli. (Havas.) Gegenüber den gestrigen in der Angelegenheit der englisch-französischen Unterredungen verbreiteten Berichten muß konstatiert werden, daß die Londoner Verhandlungen mündlich und keineswegs auf schriftlichem Wege geführt werden.

wählt, darunter aber nicht ein einziger Kandidat der Partei, welche Namensträgerin der Liste war, da ihr Kandidat in dieser Liste erst an fünfter Stelle stand! Die Liste hatte nur die Aufgabe, die Deutschdemokratische Freiheitspartei als „gewählt“ erscheinen zu lassen, und rein formell auf ihr die notwendige Stimmenzahl zu vereinigen, damit im zweiten Stritium die auf die Partei in den einzelnen Wahlkreisen Vöhmens abgegebenen Stimmen gezählt werden, aber in Wirklichkeit wurden auf sie gewählt ein Nationalpartei, ein Agrarier und ein Christlichsozialer! Auch hier ist übrigens noch eine Korrektur vorzunehmen: Dr. Baeran, der Listenführer der deutschdemokratischen Liste, trat wohl nach der Wahl dem parlamentarischen Klub der Deutschen Nationalpartei bei, aber bis dahin gehörte er weder der einen noch der anderen Partei an, sondern war Führer einer eigenen, von ihm begründeten Partei, der sogenannten „Partei des freien deutschen Mittelstandes“, auf deren Programm — wenn man das Gemischel von Konfusion und Demagogie so nennen kann, — er denn auch kandidiert hatte.

Der Weisheit des Wahlgerichtes wäre nun eine schwer lösbare Aufgabe gestellt, wenn es zu entscheiden hätte, welcher Partei die Mandate der in diesem Wahlkreise gewählten Abgeordneten eigentlich gehören. Der Deutschdemokratischen Freiheitspartei? Der gehörten die Gewählten doch niemals an, sie

kandidierten denn auch auf ganz andere Programme, — das waren jene ihrer Partei, — und Dr. Baeran trat auch noch sogar im Abgeordnetenhaus einem anderen Parteiklub bei, als sein Wahlprogramm, — vom Namen der Liste ganz zu schweigen — vorläufig. Nach der Entscheidung des Wahlgerichtes gehört das Mandat Baerans aber auch nicht der Deutschen Nationalpartei — obwohl er ihr zur Zeit seines Mandatsverlustes angehörte — denn er war doch auf die Deutschdemokratische Liste gewählt worden!

Der Gipfel des Widerzins wurde aber erst bei der Befragung des freigewordenen Mandates des Dr. Baeran erreicht. Nach dem Namen der Kandidatenliste ist das Mandat Eigentum der Deutschdemokratischen Partei, nach seinem bisherigen Träger aber Eigentum der Deutschen Nationalpartei, oder auch Eigentum der „Partei des freien deutschen Mittelstandes“, deren Obmann Baeran noch immer ist. Was ist aber geschehen? Das Ministerium des Innern hat den auf der Liste in der Reihe Nächstfolgenden, den Mühlenbesitzer Alois Stenzel aus Mähr.-Tribau, einberufen, dessen Parteigezinnung weder dem Namen der Liste noch der politischen Gesinnung des bisherigen Mandatsinhabers anzupassen ist. Stenzel ist Obmann der Deutschen Gewerkepartei, einer Partei, die bisher im Parlamente überhaupt nicht existierte und die bei den Wahlen auch nicht als Parteikandidierte. Bei den Wah-

## Von Wahlreform, Kurssturz und andern Mühen des „Aufbaus“.

Von unserem römischen Mitarbeiter.

Mit einem aus Unglaubliche grenzenden Serbilismus bemüht sich die Kommission, die den Regierungsentwurf über die Wahlreform prüfen muß, dem Faschismus noch mehr zuzuflehen, als er sich selbst anzumahen wage. Wir werden Zeit haben, uns mit dem Entwurf zu beschäftigen, sobald er der Kammer zur Annahme vorliegt. Vorläufig genügt es, vor Augen zu halten, daß die Liste mit der höchsten Stimmenzahl, auch wenn sie nur die Hälfte der Stimmen der verschiedenen Oppositionen erzielt, drei Viertel ihrer Kandidaten durchbringt. So unglücklich es scheint, daß Leute, denen Polizeifunktionen obliegen, in dem ihrer Autorität unterstellten Gebiet wählbar sein sollten, hat die Kommission es fertig gebracht, mit neun Stimmen die Ungebeuerlichkeit zu sanktionieren, daß eine vom Staat bezahlte Parteiliste, die nur ihrem Parteioberhaupt, nicht dem Staatsoberhaupt, dem König, den Treuschwur geleistet hat und die trotzdem mit allen Mitteln moderner Technik bewaffnet, den Sicherheitsdienst versteht, was sie am Wahltage sicher mit einigem Horn und einigem Eifer tun dürfte, ihren eigenen Befehlshaber als Kandidaten unterstützen darf. Und dieser unerhörte Pöbel auf die freie Wahlbetätigung hat bei den zwei kirchlichen Kommissionsmitgliedern nur den Mut der Stimmenhaltung ausgelöst. Dagegen gestimmt haben ein Sozialist der Einheitspartei, einer der sozialistischen Partei, ein Kommunist, ein Republikaner, der frühere Ministerpräsident Bonomi und ein Giollittianer. Als Grund für die Wählbarkeit führte der frühere Nationalist Paolucci an, daß alle heutigen faschistischen Abgeordneten mehr oder weniger hohe Stellungen in der nationalen Miliz bekleiden! Wenn dies im Lichte der „praktischen Vernunft“ gilt, so gilt im Lichte der „reinen Vernunft“ das großartige Argument, daß die nationale Miliz durch ein Dekret auf Grund der außerordentlichen Vollmacht des Ministerpräsidenten gegründet wurde, so daß die Kammer inkompetent wäre, über sie zu befinden!

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Kammermehrheit das faschistische Wahlgesetz mit Haut und Haaren herunterzuschluckt, wobei noch nicht einmal der Vorteil gefordert ist, daß die Wahlen nicht mit dem Knüttel gemacht werden müssen. Ohne Widerspruch von Seiten der Regierung wurden die „Wahlen mit dem Knüttel“ in einer der ersten Kammerstungen nach der faschistischen Besitzergreifung dem Lande versprochen. Die neue Wahlmaschine sollte so sicher arbeiten, daß sie dem Knüttel nur noch eine dilettantische Betätigung zuweisen würde; das ist aber eine Illusion. Sollte ein Bloß der Oppositionsparteien zustandekommen, so steht alles nach wie vor bei der Gewalt. Für den Fall übrigens, daß der Regierungsentwurf nicht durchgehen sollte, stellt das faschistische „Giornale d'Italia“ eine zweite Auflage des Mar-

len gab es im ganzen Staate nicht einmal eine Liste, die den Namen dieser Deutschen Gewerkepartei getragen hätte, es fehlt also bei ihr auch die erste Voraussetzung — der Wahlordnung gemäß, in einem Wahlkreise wenigstens 20.000 Stimmen auf sich vereinigt zu haben — um eine Vertretung im Parlamente besitzen zu dürfen. Die Gewerkepartei und Herr Stenzel sind, weil dieser auf das Mandat zugunsten der Deutschen Nationalpartei nicht Verzicht leisten wollte, Gegenstand heftiger Angriffe durch die anderen deutschbürgerlichen Parteien, sie nennen sein Vorgehen Unanständigkeit und Mandatsraub, wobei sie auf ein vor der Wahl zwischen den deutschbürgerlichen Parteien abgeschlossenes Übereinkommen hinweisen, demzufolge bei Freiwerdung eines Mandates als Nachfolger nicht der Nächste auf der Kandidatenliste einzutreten hätte, sondern ein Angehöriger der Partei des früheren Mandatssträgers. Aber das ist ein parteimäßiger, privater Vertrag und es mag unanständig sein, daß Herr Stenzel ihn gebrochen hat, aber mit der Beurteilung der Frage, welcher Partei das Mandat gehört, hat dies nichts zu tun. Als zu beantworten vermöchte die Frage niemand, am wenigsten das Wahlgericht, das mit seiner Entscheidung nichts zur Klärung beitrug. Die Befragung des Mandates Dr. Baerans mit allen ihren Zusammenhängen läßt das Urteil des Wahlgerichtes erst recht als ein solches erscheinen, das erfolgte, weil es das Interesse der Koalition so erforderte.

ches auf Rom in Aussicht und macht dafür, in ruhrender Treuezeit, die Kerikalen verant-

Während so in Italien der Volksouveränität die Wege in dieser Weise geebnet werden, lesen wir mit Erstaunen, daß Mussolini für äußerlichen Gebrauch' andre Grundtats: hat, als für die innerlich zu gebenden Mittel.

Inzwischen bleibt weiter als einziges Programm die Gewaltanwendung, von der man sich offenbar Wunderkräfte verspricht. Die italienische Valuta fällt in den letzten Wochen in beunruhigender Weise. Sie fällt, trotzdem die Ernte sich gut anläßt, viel besser als im letzten Jahre, und trotzdem die Handelsbilanz gebessert ist.

Die Regierung will aber auch hier den Teufel durch Besatzung austreiben. In dem Sinken des italienischen Wessels sieht sie nur ein Mandat der „antinationalen Elemente“ und läßt in dem Familienblatt der Mussolini Maß-

### Zwischen Bach und Händel.

Von Felix Zöfflinger (Berlin).

Die Unzulänglichkeit unseres ganzen künstlerischen Lebens wird durch nichts so gut charakterisiert wie durch die Fülle von Musik- und Theaterfestspielen, die in vielen deutschen Städten dem chaotischen und planlosen Winter angehängt werden. Es ist so, als ob man sagen würde, es war doch alles recht unzulänglich, wir alle haben unsere Pflichten versäumt und wenn wir vor unserem Gewissen und unserem Ehrgeiz bestehen wollen, dann müssen wir nun schnell dem entfliehen-

## Der Wiener Hafentreuzlermord.

### Blutgültiger Versuch der Nationalsozialisten, die Unternehmung zu beeinflussen.

Wien, 7. Juli. (Eigenbericht.) Zu dem in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten Bericht der Nationalsozialisten über ihre Vorgesprache beim Polizeipräsidenten Schöber teilt die Polizeidirektion amtlich mit, was er den Nationalsozialisten auf ihre Vorgesprache geantwortet habe. In der amtlichen Verlaufsbearbeitung wird zunächst gesagt, daß der Polizeidirektor die Abordnung der Nationalsozialisten in Gegenwart eines Zeugen empfangen hat. Der Polizeipräsident hat erklärt, daß er alles aufbieten werde, um eine ehrliche Aufklärung der ganzen Affäre zu ermöglichen.

### Keine Einigung über die Saarverwaltung.

Genf, 6. Juli. (Schw. Z. A.) Der Völkerbundrat hielt heute abends eine eininhalbstündige, streng vertrauliche Sitzung ab, um

die antisemitischen Ansätze, die der Faschismus mit der ganzen reaktionären Bewegung Europas gemein hat, andeutungsweise zutage. Auswachen können sie sich nicht, weil in der Regierung selbst Israeliten, wenn auch getaufte, das große Wort führen. Es ist nicht das erste Mal, daß die Regierung die Banca Commerciale auf Abrum nimmt, die drittgrößte Bank des Landes; man will wissen, daß denselben Institut schon einmal Drohungen gemacht worden sind wegen einer Geldüberweisung zugunsten eines kommunistischen Blattes, die zu den täglichen Operationen jeder Bank gehört.

Tabei hat die faschistische Partei handgreifliche Verweise des Wachstums der Typisation. Als Mussolini am Geburtstag der Biadeschlacht vom Palazzo Venezia zu den Kriegsteilnehmern sprach und sehr stattvoll ihre Teilnahme an der Feier als Solidaritätsbezeugung für seine Partei und Regierung ansah, wurde er durch den wiederholten Zwischenruf unterbrochen: „Es lebe die Freiheit“.

Aktionen bekannt haben. Der Polizeipräsident hat der Abordnung vorgehalten, daß die Bestimmung so unerfahrenen Personen zu Kommandanten von Abteilungen, wie es im Falle Kobosatz geschehen sei, von jenen verantwortet werden müsse, die die Bestimmung vorgenommen hätten.

Mit dieser Erklärung der Polizeidirektion ist dem Versuche der Nationalsozialisten, die Unternehmung zu beeinflussen, wohl ein Ende bereitet worden, umso mehr, als der Polizeipräsident erklärte, daß die Unternehmung unbeeinflusst von jeder politischen Rücksicht geführt wird. Die polizeiliche Untersuchung ist im wesentlichen abgeschlossen und die Unternehmung führt jetzt der Untersuchungsrichter aus St. Pölten. Die Tätigkeit der Polizei beschränkt sich jetzt darauf, den Namen und die Nationalitäten des Freund festzustellen, der der Hauptschuldige an dem Morde ist.

in der Saarangelegenheit Beschluß zu fassen. Anfolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Cecil und Gannotaux konnte man zu keiner Einigung kommen. Der Rat wird sich deshalb morgen vormittags nochmals mit der Frage beschäftigen.

wegzuführen“. In jedem Lande gibt es Zeitungen, in denen Halluzinierte solchen und ähnlichen Mist von sich geben. Wo dies aber im Regime strengster Zensur geschieht, die nur die regierungsfremde Ansicht durchläßt, da sind solche Krampfanfälle nun einmal nicht dazu angetan, den schlaffen Wächter aufzuhalten. Im Ausland hört man wenig über Italien, weil die Zensur streng ist und das Geschäft des Berichterstatters gefährlich, aber was man hört, macht einem allzu epileptischen Eindruck, als daß es geeignet wäre, in Finanzkreisen Vertrauen zu erwecken.

Es hat sich noch nie eine Regierung aus-schließlich durch Gewalt behauptet. Gewiß kann sie, wie das Lenin getan hat, der alten Interessenssicht eine neue überordnen; die Sowjetbürokratie hat die des zaristischen Regimes abgelöst. In einem Lande mit tiefwurzelnden demokratischen Traditionen ist aber diese Verschiebung nicht so leicht, besonders wenn die Möglichkeit fehlt, große materielle Mittel des besiegten Regimes unter die Sieger zu verteilen. Trotz der Ausmerzung aller nicht faschistischen Beamten und der Schaffung eines eigenen Prätorianerkorps hat der faschistische Staat noch keinen festen Rückhalt. Das Prätorianerkorps ist für die Gewalt geschaffen und soll vom Ministerpräsidenten als Gewaltdrohung verwendet werden. Es drängt aber darauf, aktuelle Gewalt zu werden. Die ewige Litanei vom dem bevorstehenden Ausbrechen mit blutigem Besen scheint uns mehr der Aussicht auf die Parteigänger als die Wegner zu entspringen. Die Faschisten gesehlichen untereinander. Für ihren Parteidiebstahl brauchen sie von Zeit zu Zeit eine Dosis Bürgerkrieg. Und die internationale Finanza will das nicht einsehen und läßt es die arme Litanei entgelten, wenn die Zukunftsmust der italienischen Regierung klingt wie das Anathem der Waschingebehr.

## Inland.

Anstelle der Kampfgemeinschaft — die Volksgemeinschaft. Im Abgeordnetenhause fand eine Sitzung des Klubs der Abgeordneten der Deutschen Nationalpartei statt, in der zum Vizepräsidenten anstelle des mandatsverlustigen Baerabg. Dr. Radda gewählt wurde. Sodann wurde die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland einer Besprechung unterzogen und einmütig der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine Klärung der innerpolitischen Situation nur durch Neuwahlen herbeigeführt werden könne, zumal die heutigen Parteien sich auf das Vertrauen ihrer Wähler aus dem Jahre 1920 nicht mehr verlassen können. Weiter heißt es in dem über die Klubsituation ausgegebenen Bericht: „Die gefährliche Lage des Deutschen Reiches legt dem gesamten Deutschland nach Ansicht des Klubs mehr denn je die Verpflichtung auf, alles Trennende zurückzustellen und sich zur Sicherung des Volkstums zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen.“ Die Deutsche Nationalpartei wird im Rahmen des Sudetendeutschen jebes auf die Schaffung einer solchen Volksgemeinschaft gerichtete Bestreben unterstützen.“ Die deutsche Nationalpartei ruft also zunächst hedenmütig nach Neuwahlen. Im nächsten Moment aber rückt sie ihre Selbstenhaftigkeit gleich ins rechte Licht. Sie ruft nach der bestimmten deutschen Einheitsfront, die sie diesmal zur Abwechslung „Volksgemeinschaft“, also nicht mehr „Kampfgemeinschaft“ nennt, wohl nicht wegen der gefährlichen Lage des deutschen Reiches, sondern wegen der gefährlichen Lage der Nationalpartei, die es nicht ratem erscheinen läßt, allein ohne Wahlkompromiß der deutschdemokratisch-freischlich-jüdisch-christlichen Fabrikantenpartei in den Wahlkampf zu gehen. Nicht im Zeichen des Hosenkreuzes, sondern im Zeichen des Wahlbündnisses mit Herrn Raska winkt der Sieg. Heiß!

Die tschechisch-kerikalen und Hus. In einem tschechisch-kerikalen Provinzialblatt lesen wir eine Volschaft an die Prager Hussen, in der gesagt wird, daß nicht nur Hus wegen seiner Ueberzeugung gestraft wurde, sondern auch Soudal. Dann lassen die Kerikalen der abgefallenen und ungläubigen Prager Hefe der Nation sagen, daß sie nicht vergessen soll, auch nach Pantray (das ist das Prager Gefängnis) beten zu gehen, denn Soudal sei ein Anhänger der von Hus gepredigten Meinungsfreiheit gewesen. Die alten Krämer Herben, Bartoschek und Kofatsch bitten die Kerikalen, sie mögen auch vor der Zelle Baerans eine Kerze anzünden und „überhaupt diesen Deutschen unter großen Festlichkeiten in Freiheit setzen.“ Zum Schluß versichert die gelungene „Volschaft“, daß am gefrigen Tage in der Hölle anlässlich der Hussen große Freude herrsche. — Auch das Sramelblatt, die Prager „Libove Listy“ lassen die Hussen aus und sagen u. a.: „Hier ist die Zweideutigkeit des tschechischen Fortschrittlers sichtbar geworden. Er fürchtet, Hus in die Gegenwart zu Ende zu denken. Er verehrt die Revolution der Vergangenheit und dabei überläßt ihn die Gänsehaut vor der Möglichkeit einer künftigen Revolution... Hus bedeutet den revolutionären Gedanken auch heute, während der tschechische Fortschrittler ihn zu einer Autorität der heutigen Ordnung macht.“ Man muß sagen: Herr Sramel kennt keine fortschrittlichen Koalitionsgenossen, die Revolutionäre von gestern und die Reaktionäre von heute sehr gut!

Gewiß, Bach war ein echter Deutscher. Er und seine vielen Vorfahren und Familienmitglieder stammten allesamt aus kleinen deutschen Dörfern. In vielen Städtchen haben sie als Kantor und Organisten, als Dorfschullehrer und Stadtkapellmeister und übten die Musik wie ein ehrliches Handwerk aus, ohne Künstlerstolz und ohne Präntationen. Und einer von diesen vielen Bachs war Johann Sebastian, der zwar viel in Deutschland herumreiste, weil er als ein berühmter Orgelbauer und Tenner gesucht war, aber niemals über die deutschen Grenzen kam und vielleicht nicht einmal dies ersehnte. Und dieser große Johann Sebastian, der auch das Leben eines ehrfamen Handwerkers und Kirchenbeamten führte, war gleichzeitig das größte Musikgenie aller Zeiten und je mehr man sich mit ihm beschäftigt, umso rätselhafter wird er. Aber man glaube nun nicht, daß dieser Johann Sebastian in Deutschland heimisch ist. Was kennt man von ihm? Nun, sagen wir ein Zwi eh und ertel seines Lebenswertes. Das ist keine Uebertreibung, sondern kommt der Wahrheit nahe. Und ein Volk, das einen Mann solcher Art sein eigen nennen will, möchte wohl mehr tun, ihn wahrhaft kennen zu lernen, wenn es seinen Anspruch auch geistig begründen will. Freilich, Bach kennen zu lernen ist nicht leicht; das muß man ohne weiteres zugeben. Und so hat denn auch die Neue Bachgesellschaft es sich zur Aufgabe gesetzt, das Werk von Bach durch Aufführungen bekannt zu machen, nachdem ihre Vorgängerin, die alte Bachgesellschaft, den Druck des ganzen Wertes in jahrzehntelanger Arbeit zustande gebracht hat.

Das Leipziger Bachfest in den Juni- tagen war das erste. Die Menschen, die sich dort trafen, haben zum Teil alle ein Bachfest mitgemacht und das neuen Besucher des Bachfestes haben daher das Gefühl, in eine Art heilige Gemeinschaft aufgenommen zu sein. Denn wirklich, — es gibt nichts Erhabeneres und Heiligeres als Bach zu lieben, in seiner Welt zu atmen

und zu versuchen, Jahr um Jahr ein Werk nach dem andern kennen zu lernen und in sich aufzunehmen.

Das Wunderbare bei Bach ist die erhabene Fülle seiner Seele. Und reich und groß wie die ist seine Musik. Bach hat mehrere tausend Musikwerke hinterlassen. Und mit ganz wenigen Ausnahmen ausgesprochener Gelegenheitswerke weltlichen Charakters kennt man nichts Schöneres, Unbedeutendes von ihm. Ähnlich wie der geistreiche Lichtenberg von den Griechen sagte, kann man von Bach sagen, er kannte noch nicht die Kunst, schlecht zu komponieren. Wann immer er die Feder ansetzte, um sich, um die Welt, um das Göttliche auszuspochen, war er groß und erhaben, und wenn er auch in den kleinsten Kirchen an der Orgel oder in seiner bescheidenen Schreibstube saß, dann reichte sein Scheitel in die Sphären und seine Seele sprach mit den Göttern.

Freilich, Bachs Kunst kommt nicht aus der Luft her, aus Nirgendwo. Das 16. und 17. Jahrhundert hat die gewaltigste Musik geschaffen und die ganze Klassik des 18. Jahrhunderts ist davon nur ein Nachhall. Diese Zeit des Barocks war groß in der Architektur und in der Musik, die nach dem Wort Goethes eine flüssige Architektur ist, so wie Architektur gefrorene Musik ist. Bach hatte außerdem eine große Welt in der deutschen Religiosität des 16. und 17. Jahrhunderts und in der Tradition des Kirchenliedes hinter sich. Aber zu alledem Große, mußte doch ein Großer kommen, und das war Bach, und da auch er seine Grenzen hatte, nicht gleichzeitig wie Stronhismus im Gehäus schaffen konnte und ein strafender, prächtiger Weltmann sein konnte, schuf die reiche Natur auch noch den großen Händel, dem jetzt auch in den ersten Julitagen Opernfestspiele in Göttingen gewidmet sind.

Wenn man Händel hört, fühlt man sich den Urquellen der Musik nahe. Welch eine raufschende Kraft ist in seinem herrlichen gewaltig schwangenen Ariem, welche Erhabenheit der Stille, der Seele, welche Weite, wie es kaum ein deutscher

Künstler hatte, und die Händel seinem Leben und Schaffen in Italien und England verdankte.

Alle die großen Künstler vor Bach und Händel sind genau so wie Bach und Händel selbst noch erst zu entdecken. Die Forschung, die praktische Musikpflege wird da noch große Aufgaben haben. Unsere eigene Sehnsucht nach einem mächtigen, monumentalen Stil, nach einer weit über die Realität erhebbenden Kunst wird dieser Arbeit Förderung angeheben lassen. So ist denn erst jetzt nach zweihundertjährigen Vergessen Händel als Opernkompontist entdeckt worden. Dem Opernkompontisten sind in erster Linie die Göttinger Festspiele gewidmet. Erfreulicherweise haben sie vom vorigen Jahr her auch schon eine praktische Wirkung gehabt, indem die Große Volkoper in Berlin den Julius Caesar in ihren Spielplan aufnahm. Der Caesar gehört zu Händels freien Opern, und da wir in Berlin noch niemals eine Oper von Händel gehört haben, fehlt uns der Maßstab zur Beurteilung, der sich ja stets nur aus dem Vergleichen ergeben kann. Wir können also den Opernkompontisten Händel nach diesem Werk nur ungenügend beurteilen. Aber von diesem Werk können wir sagen, daß es eine Oper von einer festlichen Pracht und einer feierlichen Schönheit ist und die Aufnahme in den Opernspielplan zu den bedeutendsten Bereicherungen des deutschen Opernlebens gehört. Der Reichtum an „Partien“, die Fülle der Aufgaben für die Sänger, die Mannigfaltigkeit der Stimmungen macht das Werk nicht etwa zu einem Fest nur für Kenner, sondern auch für das große musikfreundliche Publikum. Selbst die Stiefheit des Dramatisch-Szenischen, die oratoriumhafte Gemessenheit des Rezitativs und die sonderliche Bierlichkeit des Barockstils in Bezug auf das Dramatische hemmen die Wirkung nicht. Die grogen, hinreichenden Orchesterzwischenpiele, die wunderbaren Ariem, aber dazu auch die besonders gefangstetisch vorreffliche Aufführung sicherlen der Volkoper einen Erfolg, der auch andere Theater diesem Versuch zuführen sollte.

**Poincaré's Kritik am Papstbrief.**

Paris, 7. Juli. (Havas.) Während der Debatte über das Schreiben des Papstes in der Kammer, ergriß Ministerpräsident Poincaré das Wort und sagte u. a., daß der Papst in seinem Schreiben an die Alliierten das Recht der Pfandnahme zuerkennt. Poincaré erinnerte weiter an das abschließliche Verbrechen gegen die belgischen Soldaten, das unmittelbar nach der Abfindung des päpstlichen Briefes verübt wurde. Diese Tat wurde von dem Papst nach Verdienst verurteilt. Weiterens, fügte er hinzu, muß man trotz der Ehrwürdigkeit der Stelle, von der dieses Schreiben ausging, daran erinnern, daß sie keine Möglichkeit hat, in die innere oder äußere Politik Frankreichs einzugreifen. Es ist unstrittig, daß sich die Ansicht des Papstes dem Gesichtspunkte einiger unserer Alliierten nähert, aber nicht unsere Ansicht ist. Poincaré konstatierte ferner, daß das päpstliche Schreiben die Legitimität der Okkupation des Ruhrgebietes nicht bestreite und nur empfehle, ihre Härte zu mildern. Diese Ratschläge können allerdings keine wirksame Kraft haben, da der Papst in weltlichen Sachen keine Autorität besitzt. Poincaré erwiderte sodann den Rednern, die forderten, daß die Botschaft beim Vatikan aufgehoben werde. Die französische Regierung dachte niemals daran an eine solche unbearbeitete Maßnahme zu schreiben. Die Regierung hat Jannazot die Weisung erteilt, daß er beim Papste um nichts ersuche, was die Durchführung des Versailler Friedensvertrages betreffe, und daß er ihm um keine Intervention in der Angelegenheit der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiete ersuche. Der Papst handelte daher auf eigene Faust.

Wir fordern vor allem, daß Deutschland seinen Widerstand aufgibt, seine Verordnungen widerruft und öffentlich seinen guten Willen bekundet. Die Räumung des Ruhrgebietes hängt einzig und allein von den Zahlungen ab, die wir von Deutschland erhalten.

Der sozialistische Abg. Blum griff die von der französischen Regierung betriebene Politik gegenüber dem Vatikan auf.

Der Kammer wurde eine Tagesordnung vorgelegt, in der konstatiert wurde, daß die Botschaft beim Vatikan infolge des päpstlichen Schreibens überflüssig ist. Poincaré erklärte aber, daß er nur auf die einfache von Loucheur begründete Tagesordnung eingehe, die sich mit der Erklärung Poincarés zufrieden gibt, der ausdrücklich sagte, daß er niemals eine Ingerenz des Papstes auf die innere oder auswärtige Politik Frankreichs gestatte. Diese einfache Tagesordnung wurde sodann mit 388 gegen 190 Stimmen angenommen.

**Das Eisenbahnen im besetzten Gebiet.**

Paris, 6. Juli. (Agence Havas.) An die Stelle von 180.000 deutschen Eisenbahnern sind 12.000 französische und belgische Eisenbahner getreten. Der Verkehr wird andauernd dichter. Gegenwärtig sind täglich 300 Personenzüge und 400 Güterzüge mit einer Leistung von 34.000 Zugkilometern im Verkehr. Trotz der deutschen Gegenmaßnahmen erreicht die Zahl der deutschen Passagiere 50.000 täglich.

Freilich, mein Genuß war geschwächt. Kopf, Ohr und Herz waren noch voll von den unermeßlichen Eindrücken der Bachwoche, nach denen man allerdings für Monate hinaus keinen größeren Eindruck mehr empfangen kann. Was mir alte Besucher der Bachfeste sagten, bestätigte sich auch mir: doch ein Fest ist ein Erlebnis fürs ganze Leben, man teilt das Jahr danach ein und man sagt es nicht, daß so wenig Menschen davon wissen, wo es gar nicht so schwer wäre, viel mehr dies erleben zu lassen.

Die acht Konzerte brachten Motetten und Kantaten, Orchester- und Orgelwerke, Kammermusik, Gefänge, Solostücke und zuletzt die Hohe Messe in h-Moll. Wie jede große Kunst, ermüdet auch die von Bach nicht, sondern sie erhebt und verwandelt den Menschen und macht ihn begierig nach mehr und immer mehr. Und als schließlich das letzte und größte Konzert die h-Moll-Messe kam, da fühlte man sich jung und neu, als hätte man noch nichts erlebt und man wünschte, daß alles noch einmal beginnen möge. Noch einmal, noch einmal, — sagte man sich nach so vielen Herrlichkeiten, die man vielleicht nie wieder im Leben hören wird, da man ja von all dem, wie gesagt, nur ein Zweihundertstel zu spielen pflegt. Aber auch genug empfand man noch mächtigen Stücken, die so gewaltig sind, daß man kaum die Kraft hat, wie bei einem Genuß, der in Schmerz übergeht, mehr davon aufzunehmen. So ging es, man spürte das deutlich, dem ganzen Saal, als die edle weißhaarige Maria Philippa von der Orgel her vier Gefänge aus „Schemellis Gefangbuch“ vortrug, die kaum mehr Müht genannt werden können. In diesen Gefängen des Todes hört das Herz des Hörers selbst zu schlagen auf und wenn der Alt in der letzten Wiederholung des Liedes, das Bach an seine Frau gerichtet und auch selbst gedichtet hat, singt: Es drückt keine lieben Hände nur die getreuen Augen zu!, dann vermeint man selbst die Augen schließen und sterben zu müssen.

Freilich ist Bach nicht immer so einfach wie in diesen Stücken, und in den schweren Orgelfügen, wie der ganz gewaltigen aus schwebenden

**Das Attentat auf der Duisburger Brücke**

**Vorsprache des belgischen und französischen Botschafters im Auswärtigen Amt. — Ihre Forderungen und die Antwort des Reichsministers.**

Berlin, 7. Juli. (Wolff.) Auch wird mitgeteilt: Nach Abschluß der Unterredungen zwischen dem Reichsminister und dem Apostolischen Nuntius über die Sabotageakte haben gestern abends der belgische und nach ihm der französische Botschafter im Auswärtigen Amt den Vorfall auf der Rheinbrücke bei Duisburg mündlich zur Sprache gebracht. Die Missionen haben als Auffassung ihrer Regierungen dargelegt, daß sich die Reichsregierung durch ihre Verordnung für den passiven Widerstand und durch ihre Weisungstelegramme für die aktivistischen Erscheinungen des Widerstandes verantwortlich gemacht hat. Aus diesem Grunde müßten die belgische und französische Regierung fordern, daß die Reichsregierung das Attentat auf der Duisburger Brücke mißbillige und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beweis der Beteiligung von Deutschen hat der belgische Botschafter mitgeteilt, daß auf der Brücke Bruchstücke einer Explosivbombe gefunden worden seien.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat den beiden Vertretern im folgenden Sinne geantwortet: Der Vorfall bei Duisburg sei der deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsberichten bekannt. Ihre Versuche, sich ein klares Bild davon zu machen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern sei, da die deutschen Lokalbehörden keinerlei Möglichkeit hätten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nach zu prüfen. Selbst wenn an dem Vorfalle Deutsche beteiligt gewesen sein sollten, könne nicht zugegeben werden, daß die deutsche Regierung irgendeine Verantwortung dafür trage oder in irgend einer Weise zu derartigen Akten ermutigt hätte. Die von der deutschen Regierung nach Beginn der Ruhraktion erlassenen Verordnungen seien nicht die Ursache, sondern die Folge des spontanen, aus der Seele der Bevölkerung emporgewachsenen Widerstandes. Die Weisungstelegramme im Falle Schlageter seien eine durchaus natürliche und selbstverständliche Reaktion, nachdem ein deutscher Mann von einem fremden Kriegsgericht, auf deutschem Po-

den, für eine wahrlich nicht aus christlichen Motiven ergangene Handlung widerrechtlich verurteilt und hingerichtet worden sei. Es steht außer Zweifel, daß seine Absicht nicht auf Blutvergießen, sondern darauf gerichtet gewesen war, den Befehlungsgruppen die unrechtmäßige Benutzung deutscher Verkehrsmittel unmöglich zu machen. Eine Umdeutung der Begriffe sei es, wenn Frankreich und Belgien sich für berechtigt hielten, Deutsche für den ungerechtfertigten Einmarsch in das Ruhrgebiet und für die Folgen des mafiösen Terrors der Befehlungsgruppen verantwortlich zu machen. Man dürfe nicht vergessen, daß, bevor irgend einem Belgier oder Franzosen im besetzten Gebiet ein Haar gekrümmt worden sei, bereits mehr als 20 Deutsche ihr Leben unter den Augen der Befehlungsgruppen eingebüßt haben. Ein Gewaltakt, wie er nach der belgischen und französischen Darstellung auf der Duisburger Brücke begangen worden sei, liege nicht in der Absicht und der Politik der deutschen Regierung, die nichts unterlassen werde, um die gepeinigten Bevölkerung zum besonnenen Verharren auf der Linie des passiven Widerstandes zu bewegen. Die Angabe, daß man an Ort und Stelle Trümmer einer Bombe gefunden habe, könne keinesfalls genügen, um die deutsche Regierung von einer verbrecherischen Beteiligung Deutscher zu überzeugen. In diesem Zusammenhang muß z. B. daran erinnert werden, daß sich nach französischen Meldungen in der letzten Zeit wiederholt Fälle ereignet hätten, wo französische Soldaten von eigenen Kameraden beschossen worden seien. Was die deutsche Mitwirkung bei der weiteren Behandlung des Falles anbelangt, so wird sich die Reichsregierung dazu äußern, sobald ihre in konkreter und substantiierter Form das Ergebnis der bisherigen Untersuchungen vorliegen wird. Im übrigen sei zu bemerken, daß die deutsche Regierung in mehreren Fällen gefordert hat, den deutschen Behörden zur Untersuchung an Ort und Stelle Gelegenheit zu geben. Dieser Forderung sei niemals entgegengekommen. Ebenso wenig ist der deutschen Regierung auf den wiederholten Vorschlag, eine internationale Untersuchungskommission zur Feststellung des Tatbestandes einzusetzen, eine Antwort erteilt worden.

**Der deutsche Reichstag gegen sozialistische Anträge.**

Berlin, 6. Juli. (Wolff.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Reichstages führte Abg. Dr. Herz (Sozialdemokrat) aus, die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer-Verbrauchssteuern genüge nicht. Das Arbeitseinkommen werde in Deutschland schon bei einem so niedrigen Stande belastet, wie es in Amerika, England und anderen Staaten ganz steuerfrei sei. Deshalb seien die neuen Verbrauchssteuern für die Sozialdemokraten unannehmbar. Die Vertreter des Zentrums und der deutschen Volkspartei erklärten für ihre Parteien ihre Zustimmung zu den vom Finanzminister angebotenen Reformen. Die Verbrauchssteuer wurde ohne wesentliche Änderung in dritter Lesung angenommen. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für heute beantragte Abg. Müller-Frankenthal (Sozialdemokrat) als ersten Punkt auf die

Tagesordnung die Aussprache über die politische Lage zu setzen. Seine Partei wolle die gegenwärtig mit auswärtigen Mächten oder dem heiligen Stuhl schwebenden Verhandlungen nicht führen, sondern im Gegenteil der äußeren Politik von der inneren Seite her zustimmen. Abg. Stresmann (Deutsche Volkspartei) erklärte im Namen der Arbeitsgemeinschaft und der bayerischen Volkspartei gegen diesen Antrag. Es sei ganz klar, daß für die Sabotageakte im besetzten Gebiete, die Gewaltpolitik der Franzosen als intellektueller Urheber bezeichnet werden müsse. Die Regierung habe mit den Parleitären verhandelt und sie wird ihre Kundgebung in feierlicherer Form erlassen, als es im Ruhrgebiet geschehen könnte. Da müsse aber jedes Wort abgewogen und deshalb müsse der Abschluß der Verhandlungen abgewartet werden. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

**Die Frage des Schutzes der Währung und der wertbeständigen Löhne.**

Berlin, 7. Juli. (Eigenbericht.) In der achtstündigen Schlußsitzung des Reichstages wurden die sozialdemokratischen Anträge über den Schutz der deutschen Währung und den Schutz des wertbeständigen Lohnes verhandelt. Der Währungsantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten dem Reichsausschusse überwiesen. Ein Zentrumsantrag, daß der Reichsarbeitsminister bei Abschluß von Tarifverträgen in Privatbetrieben die Anpassung der Löhne an die Geldwertung fördern solle, wurde angenommen.

Der sozialdemokratische Lehnantrag wurde der Regierung zur weiteren Verhandlung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen überwiesen. Der Teil des Antrages, wonach Staatsaufträge nur mit Firmen, die wertbeständige Löhne haben, abgeschlossen werden sollen, wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Der Reichstag vertagte sich hierauf, wobei der Präsident die Ermächtigung erhielt, die nächste Sitzung selbst zu bestimmen, da bei der jetzigen Lage die Ferien kaum bis Mitte Oktober dauern können.

**Der deutsche Reichsindex.**

Berlin, 6. Juli. (Wolff.) Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes ist der Großhandelspreis von dem 8170-fachen des Friedensstandes im Durchschnitt heute auf das 19.885-fache oder um 137 Prozent im Durchschnitt Juni emporgestiegen. Anfang Juli erreichte mit dem Stichtage des 3. Juli die Gesamterzeugnisse der Großhandelspreise das 33.828-fache des Friedensstandes. Davon sind die Einfuhrwaren von dem 35.410-fachen auf das 47.714-fache gestiegen, die Lebensmittel von dem 18.730-fachen auf das 29.507-fache.

**Danzig vor dem Völkerrundrat.**

Genf, 7. Juli. Der Völkerrundrat schloß heute in öffentlicher Sitzung die große Danziger Debatte vom Mittwoch ab, indem er die inzwischenden vom spanischen Berichterstatter Cuñones de Leon ausgearbeiteten Vorschläge genehmigte, die auf die Ablehnung der polnischen Forderungen hinausgehen und im allgemeinen der vom Völkerrundratskommissar und der freien Stadt Danzig vertretenen Auffassung vollkommen gerecht werden. So setzt sich der Rat über die polnischen Forderungen nach Revision der gesamten Beziehungen zwischen Danzig und Polen in einer grundsätzlichen Erklärung hinweg, in der er feststellt, daß er entschlossen sei, die Rechte Polens der freien Stadt Danzig gegenüber aus dem Vertrag zu wahren, wobei jedoch die Satzungen der freien Stadt Danzig unangefastet bleiben müssen.

**Der Erhardt-Projekt.**

Berlin, 7. Juli (Eigenbericht). Nach den bisherigen Dispositionen im Erhardt-Projekt ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ungefähr zehn Tage dauern und am 23. Juli beginnen werde. Die Anklage gegen Erhardt wird wegen Teilnahme am Rapp-Putsch und wegen falscher eidesstattlicher Aussage erhoben. Daneben sind noch eine Prinzessin Hohenzollern, ein Leutnant und ein Professor wegen Beteiligung angeklagt. Es dürften ungefähr 100 Zeugen vorgeladen werden.

**Der Kampf gegen die kroatischen Autonomisten.**

Rom, 7. Juli. Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat der Ministerrat beschlossen, jede weitere Tätigkeit der nationalen Organisationen zu verbieten und mit den schärfsten Maßnahmen gegen das Waffen tragen vorzugehen. Der Präsident von Avram hat telegraphisch den Auftrag erhalten, die Organisation des Abgeordneten Radic und alle ihm nachstehenden Organisationen in Kroatien und Slavonien aufzulösen.

**Der Bund der Sowjetrepubliken.**

Moskau, 7. Juli. (M.R.) Der Zentraler Exekutivkomitee des Bundes der Sowjetrepubliken nahm in einer Sitzung der zweiten Tagung einstimmig die Verfassung des Bundes an und beschloß, sie sofort in Gültigkeit treten zu lassen.

Die einstimmige Wahl Lenins zum Präsidenten des Rates der Volkskommissare des Bundes der Sowjetrepubliken vollzog sich unter gewaltigen Ovationen für ihn. Als Vertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare wurden Kameniew, Curiupa, Cubar, die beiden letzteren Ukrainer und Trodelowski (Georgier) gewählt.

Der Rat der Volkskommissare des Bundes wählte einstimmig Fischischerin für auswärtige Angelegenheiten, Tranki für Meer und Flotte, Krassin für Außenhandel, Dzerzinski für Straßen und Kommunikationen, Zimnow für die Post, Aufschiev für die häusliche Arbeiteraufsicht, Schmidt für die Arbeiter, Prjuckan für die Volkswirtschaft, Solowjow für die Finanzen und Rykow als Vorsitzenden des obersten Wirtschaftsrates.

Zwecks Bekämpfung der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung und der Sicherung der Nationalverteidigung wurde beschlossen, die Räte für Arbeit und Nationalverteidigung der russischen sozialistischen Föderation Sowjetrepublik in ein einziges Organ zu verwandeln. Außerdem ist der Zentraler Exekutivkomitee damit betraut, nach seinem Ermessen die Umbildung der Staatsbank der staatlichen banklischen Abteilung und des obersten Gerichtes durchzuführen. Morgen findet die Schlußsitzung der zweiten Tagung des russischen Zentraler Exekutivkomitees statt, in der der Rat der Volkskommissare gewählt werden wird.

**Neubelebung der Lananner Konferenz.**

Lananne, 7. Juli. (Wolff.) Die Instruktionen der alliierten Kabinette sind in der letzten Nacht eingetroffen. Die alliierten Delegierten hielten daraufhin heute vormittags eine gemeinsame Besprechung mit ihren Sachverständigen ab, in der sie beschlossen, die türkischen Delegierten auf heute nachmittag drei Uhr zu einer offiziellen Sitzung einzuladen.

**Eisenbahnunglück in Berlin.**

Berlin, 7. Juli. (Wolff.) Heute nachmittags stießen auf einer Station im Vorort Schöneberg zwei Ringbahnzüge mit einer solchen Gewalt zusammen, daß eine Lokomotive und 5 Waggons aus den Schienen geworfen und stark beschädigt wurden. Von den Passagieren der beiden Züge wurden 63 Personen verletzt, 3 davon schwer.



Wirtschaft und Sozialpolitik.

Vertragsabschluss in der Textilindustrie für das Gebiet Reichenberg und Umgebung.

Was ein Generalversammlungsbericht zu erzählen weiß.

Kellung. Der Bericht bezeichnet die Geschäftsaussichten für das Jahr 1923 als nicht schlecht.

Lohnerhöhungen, die keine sind.

Die Erziehungsarbeit der deutschen Gewerkschaften.

Die Internationale der Beamten in öffentlichen Diensten.

Waffen in diesem Kampfe. Diese Entschliebung ist unterzeichnet: Allgemeiner Deutscher Beamtenbund Berlin;

Glänzende Geschäftsergebnisse einer Arbeiterbank.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, Vienna, Warsaw, Prague, and Bucharest.

Kunst und Wissen.

Deutsches Musikfest. In den jährlich wiederkehrenden Sommererscheinungen im Musikleben der Städte...

Prüfungen einzelner Institute denjenigen Absolventen-Namen jahrelang hindurch, so daß es eigentlich ein recht läßliches Zeugnis für die betreffenden Musikbildungsanstalten ist...

Die Urinthe.

19

Roman von Leonhard Franke.

Jahrelange Unterernährung und seine lebenslangen Auswirkungen...

Der Dichter sah den Psychiater groß und still an, als der forschte: „So daß gewisse Anzeichen einer geistigen Erkrankung...“

Der Staatsanwalt rückte seine Mütze gerade, sah auf. „Nach Ihrer Anschauung ist der Angeklagte also voll und ganz für seine Tat verantwortlich zu machen.“

And der Dichter sagte plötzlich gereizt: „Nach meiner Anschauung ist Ihre moderne Psychiatrie eine solche Hochstapelei, die mit exakter Wissenschaft ganz und gar nichts gemein hat.“

Und der Arzt antwortete dem Staatsanwalt: „Da es sich beim Angeklagten um einen ausgesprochenen Grenzfall handelt, kann ich mich nicht entscheiden, ob infolge seiner Vererbung und erworbenen Anlagen milde Umstände in Frage kommen dürften.“

Und der Verteidiger rief in das durch Stel lungswechsel der Zuschauer verursachte Geräusch hinein mit verweirter dünner Stimme: „Auerst sagen Sie, Sie können sich nicht entscheiden, und dann entscheiden Sie sich doch! Das kann jeder! Ich auch!“

Worauf der Psychiater ein Gesicht machte, wie ein Mensch, der aus Verfolgtwerden gewöhnt ist.

Aus und stark ließ der Staatsanwalt in seiner Schlüßrede den Gang der Verhandlung noch einmal aufzählen, streifte öfters mit einem Blick seine Frau, die ein helles Frühlingskleid von unbestimmter Farbe trug...

Beim Erwähnen der Not und der ständigen Geldlosigkeit wurde seine Stimme milder, wieder laut und bestimmt bei der Arbeitsscheu und den Beziehungen zum Straßenmädchen...

Während der Worte des Staatsanwalts, der Dichter habe moralisch zwei Menschenleben auf dem Gewissen — denn die treue Haushälterin des Lehrers sei vor Schreck erkrankt und gestorben — hatte der Offizialverteidiger das Monotel abgenommen.

An diesem Auspruch konzentrierte er sich an bei seinem Verteidigungsversuch, behauptete, man könne nicht ohne weiteres annehmen, daß der Dichter auch noch die Schuld am Tode der Haus hälterin bezumeßten sei, wurde sehr erregt und

sand das Monotel nicht. Nervös setzte er seinen Zwicker auf und durchblätterte eine Zeitung: „Ich muß erklären, daß er gearbeitet hat. In der heutigen Nummer ist sogar etwas von ihm abgedruckt. Ist denn Dichten keine Arbeit? ... Hier!“

In seiner Raslosigkeit las er vor: „Wenn ich gestorben bin, wird mein Kind an einem sonnigen Gartenzaun entlang streifen, sich niedersehen, Gefühlsvoll und flug Die Welt betrachten.“

Noch eine Weile blieb es still im Saal. Der Verteidiger sah erstaunt auf, öffnete den Mund, schloß ihn wieder. „Aber ist denn das nicht schön?“

Der Staatsanwalt ging bei seiner Ent gegnung auf ihn nicht ein, hob noch einmal hervor, daß der Dichter der unliebsten Zeugen wegen nach Berlin zurückgefahren sei, gleich in der folgenden Nacht wieder in die Heimatstadt, „Angesehen schlich er diesmal durch die noch dunklen Gassen zum Lehrershaus...“

Angeklagte seinen Lehrer, dessen ganzes Leben wirklich nichts als Mühe und Arbeit war, deshalb ermordete, weil dieser ihm vor zweiund zwanzig Jahren ein Glas Milch verweigert hat, will ich wirklich nicht sprechen.“

„Ich sage es aus meiner tiefsten Überzeugung heraus... er hat es nicht wegen dieses dummen Hundertmarkscheines getan!“ rief der Verteidiger heftig.

„Und der glaubt das nicht und sagt es doch.“ Der Vorstehende wippte sich nach vorn, schlug die Aktenmappe zu, sah den Dichter an. „Wollen Sie noch etwas sagen...? Wenn Sie noch etwas sagen wollen...“

An Stelle des Dichters schien ein fremder Mann zu sprechen. Sein Gesicht war alt und klar. „Wenn ich noch von mir und im Sinne des Staatsanwaltes sprechen wollte, würde ich sagen: er schiebt mir ein falsches Motiv unter. Ich weiß aber, daß es ein Motiv in diesem Sinne gar nicht gibt. Denn für den Menschen besteht ein Motiv nicht so wie für den Hund, der eine Wurst stiehlt, weil er Hunger hat; sondern für ihn ist das Motiv — der Impuls — ein Glied der eifernen Ursachenkette seines ganzen Lebens...“

(Fortsetzung folgt.)

schon Vorführung gelangten, offenbarte sich manch verheißungsvolles Talent. Hier merkte man nicht nur Sprachbildung und dramatische Sanklung, sondern auch Stilunterweisung. Als Absolventen dieses Abends, der mit einer stotterigen Aufführung des Goetheschen Schäferspiels „Die Liane des Verliebten“ schloß, galten nur die Herren Lederer und Edwin Janetschek.

Verlegung des Vorstellungsbegins auf halb 8 Uhr. Sämtliche Vorstellungen im Neuen Deutschen Theater (die „Walüre“, die um halb 7 Uhr

beginnt, ausgenommen) werden in dieser Woche um halb 8 Uhr beginnen.

Letzte Vorstellung in der Kleinen Bühne. Die heutige Aufführung von Wedekinds „Lulu-Drama“, das gestern mit Rabel Szarys a. G. einen starken Erfolg davon trug, wird die diesjährige Spielzeit in der Kleinen Bühne beschließen. Die Vorstellung wird gleichzeitig auch einen Abschied von der Kleinen Bühne in ihrer gegenwärtigen Form bedeuten, da bereits in den allernächsten Tagen an ihrem Umbau

geschritten werden wird. Die heutige Vorstellung beginnt ausnahmsweise um sieben Uhr.

Neues Theater. Heute Sonntag Gastspiel Richard Kubla „Kida“; morgen Montag „Frau Nat Goethe“; Dienstag Reuinszenierung „Walüre“ (Anfang halb 7 Uhr); Mittwoch Gastspiel Richard Kubla „Ernani“; Donnerstag Gastspiel Mario Chamlee „Tosca“; Freitag „Lilium“; Samstag Gastspiel Miller-Chamlee „Lucia von Lammermoor“; Sonntag Gastspiel Richard Kubla „Carmen“.

### Aus der Partei.

Kreisbesprechung. Sonntag, den 10. August findet um 9 Uhr vormittags im Volkshaus in Kuffig eine außerordentliche Kreisbesprechung statt. Auf der Tagesordnung stehen „Unsere Presse“ (Referent Genosse Böling) und „Die Gemeindeführer“ (Referent Genosse Böling).

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag**, Graben 25, Kl. Basar.

1332

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Bl. 2300 S. 8. A.

### Stellen-Ausschreibung.

Zufolge Sitzungsbeschlusses der Bezirksverwaltungs-Kommission in Teplitz vom 28. Juni 1923 gelangt bei derselben die Stelle eines

#### Kontrollbeamten

über die finanzielle Gebarung der Gemeinden des Verordnungsbezirks Teplitz zur Wiederbesetzung.

Demselben obliegt u. a. insbesondere die Bezirksgemeinden hinsichtlich der Gemeindefinanzwirtschaft und Rechnungsführung im Sinne des Gesetzes vom 12. Aug. 1921, Zl. 329, S. 3. S. u. Bdg., zu überwachen, denselben hierbei beratend an die Hand zu gehen und die diesbezüglichen Referate zu erstatten.

Die Anstellung erfolgt vorläufig provisorisch nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Oktober 1919, S. 3. S. u. Bdg., sowie den ergänzenden Gesetzen und Verordnungen, wobei sich die Bezirksverwaltungs-Kommission die Festsetzung des Grundgehaltens nach der Qualifikation des betreffenden Bewerbers vorbehält. Bei ansonst gleicher Qualifikation erhalten jene Bewerber, welche die Prüfung aus der Staatsoberrechnungslehre (Rechnungsbeamte) oder eine Fachprüfung abgelegt haben, den Vorzug.

Bewerber, nicht über 35 Jahre alt, wollen ihre mit dem Nachweise der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft, der Absolvierung einer Mittelschule oder gleichgestellten Lehranstalt, ferner den Nachweisen über die sonstigen abgelegten Prüfungen, über den Gesundheitszustand, Sprachkenntnisse, Unbescholtenheit und bisherige Verwendung belegten Gesuche bis zum 21. Juli 1. J. h. n. einbringen.

Bezirksverwaltungs-Kommission Teplitz, am 29. Juni 1923.

Der Vorsitzende: Adolf Rejzner.

1736

### Alle Bücher

liefert rasch und billig die Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönan, Theresienstraße Nr. 18. Großes Lager in preiswert. Gelegenheitsläufen. Verschiedene senden wir auf Wunsch kostenlos.

**Piering-Seni u. Essig** ist das Beste! zu haben in allen Konsum-Verleinen.

## Unio-Fliegenfänger

spart viel Aorger und Geld! Unio-Werke, G.m.b.H., Pilsen, Filiale PRAG L. Mikuláská 22.

IN DEN **VERKAUFSSTELLEN** VON **Bata** SIND **WEISSE SCHUHE** um **Kč 29.-** **WIEDER VORRÄTIG**



**Jedes Kind** muß die echten **BERSON-Gummiabsätze** und **Gummi-sohlen** tragen, denn nur dann sparen die Eltern teure Schuhreparaturen!




**Gummiabsätze und Gummi-sohlen** lassen Sie sich von Ihrem Schuhmacher anbringen. Sie werden keine anderen mehr tragen!

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

### „APEC“ und „MORRELL“

Vertreter für die Tschechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drahtanschrift „Bostra“. Telefon 6887.

### Warnung !!

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger **KOH-I-NOOR** Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik Prag-Vrsovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Reine **Ansatzhefe** mit besonderer Triebkraft und höchster Haltbarkeit, garantiert reines Malzwehl u. feinsten Getreidespiritus als auch Denaturat liefert **Hatscheiner** Zucker-, Spiritus- u. Prohelo-Fabrik der **Brüder A. & H. May**.

Altbewährt ist **Spaleks** Czernosecker Weinstern Essig er ist und bleibt der beste. **Weinessigfabrik** **Quido Spalek Sohn, Leitmeritz.** Modernst eingerichteter Gärungsbetrieb. 1357-1

Deutscher Theatergarten **Heute großes Konzert** Anfang 3 Uhr

# Shantung

**Rohseiden-Imitation**

feiner **Wasch-ANZUG** Kč

**250.-**

**STRÁNSKÝ, PRAG, Hybernská**